



Die Mitglieder der Oder-Partnerschaft beschließen:

Gemeinsam auf die Schiene! Appell der „Oder-Partnerschaft“ für einen Ausbau der deutsch-polnischen Bahnverbindungen.

Die Regionen der „Oder-Partnerschaft“ kamen am 27. Mai 2026 in Posen zu ihrem 9. Politischen Spitzentreffen zusammen. Die „Oder-Partnerschaft“ ist ein informeller Zusammenschluss der vier deutschen Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie der vier polnischen Wojewodschaften Niederschlesien, Lebusen Land, Großpolen und Westpommern. Gemeinsames Ziel ist eine eng vernetzte, wirtschaftlich starke Region auf beiden Seiten der Oder.

In einer Zeit, in der die Mobilität für die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit sowie für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eine besonders wichtige Rolle spielt, ist der Ausbau der Schienenverbindungen zwischen Polen und Deutschland von herausragender Bedeutung für die Vertiefung und Stärkung der Zusammenarbeit beider Staaten. Ein leistungsfähiges und gut ausgebautes Schienennetz ist nicht nur von Vorteil für Pendler und Reisende, sondern stärkt auch den Güterverkehr, der als Wirtschaftsfaktor in Zeiten des internationalen Handels und der Globalisierung immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Über die wirtschaftliche Bedeutung hinaus, hat die Verkehrsinfrastruktur zwischen Deutschland und Polen eine besondere militärstrategische und sicherheitspolitische Relevanz. Im Kontext der Rolle der NATO sowie der Sicherheitspolitik der Europäischen Union ist eine belastbare, interoperable und leistungsfähige Verkehrs- und Logistikstruktur unerlässlich, welche Schienen- und Straßenverbindungen umfasst, die so beschaffen sein müssen, dass sie auch militärische Transporte ermöglichen.

Polen und Deutschland sind seit Jahren enge Partner auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene. In diesem Jahr feiern wir das 35. Jubiläum des *Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit*. Doch trotz dieser jahrelangen engen Zusammenarbeit hat sich die Verkehrsinfrastruktur zwischen unseren beiden Ländern nicht ausreichend entwickelt. Insbesondere sind die Bahnverbindungen im Personen- und Güterverkehr weiterhin unzureichend. Es mangelt an leistungsfähigen Strecken, an modernen Zügen und einem zuverlässigen Angebot für die Reisenden. Die Güterverkehrsverbindungen auf der Schiene zeichnen sich durch eine geringe Kapazität aus, was auf die unzureichende Elektrifizierung der grenzüberschreitenden Strecken zurückzuführen ist. Da alternative Strecken nicht adäquat ausgebaut sind, können Bauarbeiten an einzelnen Abschnitten - wie derzeit zwischen Berlin und Frankfurt (Oder) - den Bahnverkehr zwischen unseren Ländern massiv beeinträchtigen.

Die politischen Spitzen der „Oder-Partnerschaft“ begrüßen die Unterzeichnung der gemeinsamen Absichtserklärung der nationalen Verkehrsministerien über die Modernisierung und den Ausbau der Schienenverbindungen zwischen Polen und Deutschland vom 16.02.2026 als strategisch wichtigen Schritt. Zugleich sehen sie jedoch dringenden Handlungsbedarf bei der zeitnahen

Umsetzung dieser Pläne, insbesondere beim Ausbau bestehender Strecken und dem Aufbau eines grenzüberschreitenden Hochgeschwindigkeitsnetzes.

Die politischen Spitzen der „Oder-Partnerschaft“ stellen mit Sorge fest, dass sich die Elektrifizierung der Strecke Dresden-Görlitz und die Fertigstellung der Ausbaustrecke Angermünde--Stettin um weitere Jahre verzögern. Sie sehen außerdem die dringende Notwendigkeit eines Engagements der Bundesregierung für den Ausbau des deutschen Abschnitts der sogenannten „Ostbahn“ (Berlin-Kostrzyn), die als Ausweichstrecke für die überlastete Hauptroute über Frankfurt (Oder) dringend gebraucht wird.

Die deutschen Länder und polnischen Wojewodschaften, die sich am 27. Mai 2026 in Posen zu einem Politischen Spitzentreffen versammelt haben, fordern deswegen zu entschlossenen und zügigen Investitionen in den Ausbau der Schienenverbindungen zwischen Deutschland und Polen auf. Sie appellieren zugleich an die Regierungen auf zentraler Ebene Deutschlands und Polens, in dieser Angelegenheit entschieden und rasch zu handeln.